

Europa auf dem Weg zur Politischen Union

WOLFGANG SCHÄUBLE

I. Auswirkungen der Globalisierung auf den Nationalstaat

Die Antwort auf die Frage, ob wir trotz der Eurokrise auf dem Weg zur Politischen Union sind, lautet, dass wir nicht trotz, sondern wegen der Eurokrise auf dem Weg zur Politischen Union sind.

Die alte Begründung für die europäische Einigung ist nicht mehr zureichend, jedenfalls nicht für jüngere Menschen. Denn die meisten jungen Europäer glauben nicht, dass von europäischem Boden jemals wieder ein Krieg ausgehen wird. Und ich denke, sie haben Recht. Die alte Begründung reicht also nicht mehr aus, um den Fortgang des europäischen Einigungswerks hinreichend zu begründen und ihm Legitimität zu verschaffen.

Heute sind wir von Entwicklungen in allen Teilen der Welt in einem Maße unmittelbar betroffen, wie wir es uns vor zwanzig Jahren noch nicht vorstellen konnten. Globalisierung ist nichts Neues, aber das Ausmaß der Globalisierung ist eine der großen Veränderungen ausgangs des 20. Jahrhunderts und eingangs des 21. Jahrhunderts. Sie fällt zusammen mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Ende der Zweiteilung der Welt, und sie fällt zusammen mit einer großen technologischen Revolution im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Die Globalisierung hat nicht nur die Finanzmärkte, die wirtschaftliche Entwicklung und die Medienlandschaft, sondern auch unsere Kommunikations-, Sozial- und politischen Strukturen stark verändert. Wie stark, beginnen wir erst jetzt langsam zu begreifen.

Um nur ein Beispiel zu nennen, wie sich unsere Welt durch die Globalisierung verändert: In einem Gespräch mit der Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat der Vorsitzende einer großen

Einzelgewerkschaft darüber Klage geführt, wie sehr sich die Arbeitswelt verändere, weil durch die Kräfte der Globalisierung kollektives Arbeitsrecht praktisch seine Regelungskraft verliert. Er führte aus, wie sich in manchen Branchen im Grunde das Arbeitsrecht auflöst, indem die bisher auf Basis von Dienstverträgen geleistete Arbeit in Zigtausende von Werkverträgen umgewandelt wird, weil man dadurch regulatorische oder steuerrechtliche Vorteile hat. Dies geschieht flächendeckend. Das ist nur ein Beispiel, aber man könnte unendlich viele dieser Beispiele nennen.

In dieser Welt der Globalisierung lautet die entscheidende Frage: Wer bestimmt die Regeln und wer setzt diese Regeln durch? Und dass sich diese Frage stellt, bestätigt erneut: Der Nationalstaat hat seine traditionelle Rolle, hat sein Regelungsmonopol verloren.

Der Nationalstaat ist nicht mehr die alleine entscheidende Regulierungsebene, für die das Interventionsverbot und das Gewaltmonopol uneingeschränkt gelten. Diese traditionelle Rolle hat der Nationalstaat in Europa schon in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nur noch mit Einschränkungen wahrgenommen. Aber im 21. Jahrhundert wird die Überforderung des Nationalstaates durch die Herausforderungen der Globalisierung noch deutlicher.

Die Erwartungen der Menschen an unseren Staat sind, dass wir unseren relativen Wohlstand einigermaßen erhalten und dass wir das relativ hohe Maß an sozialer Sicherheit im Vergleich zu anderen Teilen dieser Welt grundsätzlich bewahren. Das sind die minimalen Erwartungen, die eine politische Ordnung – zumindest in Europa – erfüllen muss, wenn sie ihre Legitimität bewahren und Vorsorge dafür treffen will, dass ihre demokratische Verfasstheit stabil bleibt. Diese Erwartungen wird im 21. Jahrhundert kein europäisches Land alleine erfüllen können. Deshalb lautet meine erste These, dass die Europäer in einer globalisierten Welt die Ansprüche, die sie haben, nur gemeinsam erfüllen können.

II. Bedeutung der Währungsunion in der globalisierten Welt

Meine zweite These lautet, dass die Welt der Globalisierung die Europäer braucht. Wir sind immer noch die größte Wirtschaftsregion der Welt. Zusammen sind wir wirtschaftlich viel größer als die Ver-

einigten Staaten von Amerika. Dass wir den Euro haben, ist bei allen Sorgen und Beunruhigungen aus globaler Sicht ausgesprochen positiv. Ohne gemeinsame Währung wäre die erreichte wirtschaftliche Integration in Europa nicht zu halten.

Diejenigen Deutschen, die meinen, wir zahlen für andere, vergessen gelegentlich, dass die meisten Menschen in Europa die Vorstellung haben, die Deutschen hätten von der gemeinsamen Währung den größten Nutzen. Und wenn man es nüchtern betrachtet, dann hat die Mehrheit der Menschen in Europa Recht: Wir Deutschen haben ein großes eigenes Interesse daran, die gemeinsame europäische Währung zu verteidigen. Wir zahlen nicht für andere, sondern nehmen unsere eigenen Interessen verantwortlich wahr, wenn wir unseren Teil dazu beitragen, dass die gemeinsame europäische Währung stabil bleibt. Der Euro ist eine stabile Währung, das gilt für seinen äußeren wie seinen inneren Wert. Die Preisstabilität war seit der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung noch größer als zu Zeiten der D-Mark. Und der äußere Wert, der 1999 im Jahresdurchschnitt bei 1,06 US-Dollar pro Euro lag, liegt seit Jahren deutlich darüber: im letzten Jahr im Durchschnitt bei 1,28 US-Dollar pro Euro. Hätten wir die gemeinsame europäische Währung nicht, dann wäre die deutsche Währung zurzeit wahrscheinlich einem hohen Aufwertungsdruck ausgesetzt – so wie es die Schweizer mit dem Franken erlebt haben.

Der britische Historiker Timothy Garton Ash, mit dem ich kürzlich in Oxford diskutiert habe, vertritt die Auffassung, dass die europäische Einigung eigentlich eine wunderbare Sache gewesen sei und Demokratie, Freiheit und Freizügigkeit nicht nur in Westeuropa, sondern am Ende in ganz Europa gebracht habe. Aber dann habe es die Politik übertrieben, weil sie gemeint habe, sie müsse auch noch eine gemeinsame Währung schaffen. Dadurch sei nun das ganze Werk gefährdet. Darin steckt allerdings eine Auffassung, die ich bei einem Historiker überraschend finde, dass man nämlich glaubt, man könne an einer bestimmten Stelle in der geschichtlichen Entwicklung einfach stehenbleiben.

Die europäische Einigung ist ein Prozess und war von Anfang an als Prozess angelegt. Am Anfang ist die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung gescheitert, weil Frankreich noch nicht dazu bereit war, Teile seiner Souveränität an die Verteidigungsgemeinschaft abzugeben. Warum sollten die Franzosen auch? Sie hatten im Zweiten Weltkrieg andere Erfahrun-

gen gemacht als Deutschland, das durch Hitler eigentlich an das Ende seiner Geschichte gebracht worden war und nun froh war, eine zweite Chance zu erhalten.

III. Die Konstruktionsschwächen der Währungsunion

Vor zehn Jahren erforderte der bis dahin erreichte Stand wirtschaftlicher Integration in Europa die Schaffung einer gemeinsamen Währung. Natürlich war die Frage unter Ökonomen und Politikern höchst umstritten. Und die ökonomischen Einwände, dass die Voraussetzungen für eine nachhaltig stabile Währung noch nicht gegeben seien, die waren alle richtig. Aber die Alternative lautete: Schaffen wir die gemeinsame Währung oder schaffen wir sie nicht? Denn wenn wir darauf gewartet hätten, bis die Voraussetzungen alle perfekt erfüllt worden wären, hätten wir die gemeinsame Währung immer noch nicht und würden sie vermutlich auch nie bekommen.

Europa ist immer noch dem Prinzip der unvollkommenen Integration vorangeschritten. Wir gehen den nächsten Schritt, wissend, dass wir noch nicht die perfekte Lösung haben. Die „*ever closer union*“ war immer der Grundgedanke der Europäer, auch nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Wir treiben in der Integration das voran, wovon wir den Souverän – die europäischen Bürgerinnen und Bürger – überzeugen können, wozu wir seine Zustimmung haben oder bekommen. Dort, wo der Souverän nicht dazu bereit ist, können wir dagegen keine Integrations-schritte gehen – das ist selbstverständlich. Aber auf einem solchen Weg wird die Bereitschaft in Europa zur weiteren Vergemeinschaftung schrittweise wachsen. Dies ist der komplizierte Weg der europäischen Einigung, der zugegebenermaßen zu einer fürchterlichen Komplizierung des europäischen Rechts und zu einem Mangel an Effizienz geführt hat. Und trotzdem glaube ich: Wer die europäische Einigung für richtig hält, muss akzeptieren, dass ein anderer Weg unter normalen Bedingungen nicht möglich ist. Das ist das schwierige Geschäft einer evolutionären Entwicklung.

Wir werden diese europäische Währung nur dauerhaft stabil halten, wenn wir die Konstruktionsmängel, die sie unbestritten hat, jetzt schrittweise beseitigen. Zum einen wurde nicht hinreichend berücksichtigt, welche hohen Anforderungen eine gemeinsame Währung in

Zeiten der Globalisierung an die Wettbewerbsfähigkeit jeder beteiligten Volkswirtschaft stellt. Das haben manche vergessen; sie haben allein die niedrigen Zinsen genossen. Und die Finanzmärkte haben sich bis zur Finanzkrise nach der Pleite von Lehman Brothers nicht um die Höhe der Staatsverschuldung gekümmert. Die „*spreads*“, die Zinsdifferenzen zwischen griechischen und deutschen Anleihen, waren vor der Krise ziemlich gering, obwohl die fundamentalen Daten sehr unterschiedlich waren.

Aber durch den Fall Lehman Brothers haben die Finanzmärkte plötzlich realisiert, dass eine hohe Staatsverschuldung ein Risiko ist. Gleichzeitig haben sie festgestellt, dass mit dem Euro und seinen komplizierten Entscheidungsstrukturen eine gemeinsame Geldpolitik mit 17 nationalen Finanzpolitiken und 17 nationalen Wirtschaftspolitiken auf Dauer nicht funktionieren kann. Zumindest trauen die Finanzmärkte dem Euro nicht mehr wegen der hohen Staatsverschuldung in der Eurozone, auch wenn sie im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung weit geringer ist als in anderen wichtigen Industrieländern, über die sich die Finanzmärkte keine solchen Sorgen machen.

Im Übrigen hat die Eurozone sogar die Verpflichtungen eingehalten, die wir alle gemeinsam im G7- und im G20-Kreis eingegangen sind, nämlich die Defizite von 2009 bis 2012 zu halbieren. Die Eurozone hat insgesamt ihr Defizit in den letzten drei Jahren exakt von 6,4 auf 3,2 Prozent halbiert.

Nichtsdestotrotz muss natürlich die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit stärker berücksichtigt und eine solidere Finanzpolitik erreicht werden. Denn eine Währung lässt sich nur stabil halten durch das Zusammenwirken von Finanz- und Geldpolitik. Wenn die Geldpolitik bei der Europäischen Zentralbank vergemeinschaftet ist und die Finanzpolitik es nicht, wenn man einen Stabilitätsvertrag mit gemeinsamen Regeln für die Finanzpolitik schafft und sich dann nicht daran hält und auch keine Sanktionsmöglichkeiten hat – all dies kann nicht funktionieren.

IV. Reform der Währungsunion

Deswegen müssen wir jetzt schrittweise die Konstruktionsmängel der Europäischen Währungsunion beseitigen, indem wir stärkere Regeln für eine Finanzpolitik schaffen, die zur Vergemeinschaftung der

Geldpolitik passt. Und wir müssen Regeln schaffen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Das ist nun insofern kompliziert, als die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit verbessern soll, weitgehend eine Frage des gemeinsamen Binnenmarktes – also der EU 27 – ist. Dagegen haben die Fragen der Finanzpolitik natürlich stärker mit der gemeinsamen Währung – also der EU 17 – zu tun.

Aber auch wenn es kompliziert ist, muss die Richtung klar sein: Wir müssen die Finanzpolitik so vergemeinschaften oder so vereinheitlichen, dass sie einer gemeinsamen Geldpolitik entspricht und ihren Beitrag zu einer stabilen Währung leistet. Und die Wirtschaftspolitik muss durch europäische Regeln und durch Anstrengungen jedes einzelnen Landes so gestaltet werden, dass Europa insgesamt wettbewerbsfähig ist. Dafür sind wir den Weg gegangen, mit dem Fiskalvertrag, dem „Sixpack“, dem „Twopack“ und dem Europäischen Semester Regeln für die Haushaltspolitik zu schaffen.

Wenn ich vor zwei Jahren bei den Bitburger Gesprächen gesagt hätte, dass alle europäischen Länder – mit Ausnahme Großbritanniens und vorübergehender Ausnahme Tschechiens – einen Fiskalvertrag vereinbaren, indem sie sich verpflichten, etwas Ähnliches wie die Schuldenbremse des deutschen Grundgesetzes einzuführen, hätte mir das niemand geglaubt. Wenn Sie sich anschauen, wie wir in den letzten Jahren das europäische Sekundärrecht verbessert haben, um die Effizienz der Haushaltskontrolle zu verbessern, dann ist das beachtlich. Es mag noch nicht reichen, aber wir sind auf dem besten Weg, die Konsequenzen aus den Krisenerfahrungen zu ziehen.

Wir sind ebenfalls dabei, bei den strukturellen Reformen deutlich voranzukommen. Und wir versuchen, den zu starken makroökonomischen Ungleichgewichten in Europa entgegenzuwirken. Die ökonomischen Kennzahlen, die in den Medien kaum eine Rolle spielen und die man deshalb kaum zur Kenntnis nimmt, zeigen, dass die Lohnstückkosten in Irland, in Portugal, in Spanien und in Griechenland in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen sind und weiter zurückgehen, während sie in Deutschland moderat ansteigen. Das ist der richtige Weg, um Ungleichgewichte nicht immer größer werden zu lassen. Das hat auch die Europäische Kommission in ihren länderspezifischen Empfehlungen bestätigt.

Gelegentlich muss man von Ökonomen lesen, man solle Wachstumsprobleme bekämpfen, indem man noch mehr Schulden macht, obwohl sie im Satz zuvor geschrieben haben, hohe Schulden seien

auf Dauer nicht tragfähig. Es gibt derzeit keine internationale Erklärung zu dieser Frage, die nicht damit beginnt, dass das Ausmaß an Staatsverschuldung in den Industriestaaten nicht weiter steigen sollte und mittelfristig zurückgeführt werden muss. Trotzdem gibt es Streit darüber, ob man nicht kurzfristig die Staatsverschuldung erhöhen sollte. Ich sage dann immer, dass ich glaube, Ökonomie habe relativ viel mit Vertrauen, mit Psychologie zu tun. Ökonomie hat damit zu tun, wie die Marktteilnehmer – die Produzenten, Unternehmer, Konsumenten, Investoren – ihre künftige Lage einschätzen. Und ich glaube nicht, dass man Vertrauen schafft, wenn man kurzfristig das Gegenteil von dem tut, was man langfristig für zwingend notwendig hält. Wenn man einen Marathonlauf beginnt, kann man darüber diskutieren, in welchem Tempo man losläuft, aber es ist einfach falsch, den Marathonlauf damit zu beginnen, dass man zunächst einmal entschlossen in die andere Richtung läuft. Dann wird der Weg nämlich länger und kein Mensch glaubt, dass man je ans Ziel kommt.

Vor diesem Hintergrund müssen wir den eingeschlagenen Weg weitergehen. Mir wäre es am liebsten, wir würden jetzt große qualitative institutionelle Schritte zu Stande bringen, um dieser gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion die richtigen Wirtschaftsstrukturen zu geben. Zu solch großen Schritten gibt es derzeit aber nicht die Bereitschaft beim Souverän in den Mitgliedsstaaten. Und weil dies so ist, müssen wir uns weiterhin mit anderen Instrumenten helfen. Wichtig ist, dass man die Richtung kennt, und die heißt: bessere institutionelle Strukturen für die gemeinsame Währung – weil wir ein integriertes Europa brauchen. Und dann muss man pragmatisch schauen, wie man das erreicht.

Dabei tauchen auch rechtliche Fragen auf, mit denen sich dann das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof befassen müssen. In dem Verfahren, das jetzt beim Europäischen Gerichtshof anhängig ist, geht es um das Verhältnis von Institutionen der Europäischen Union bei verstärkter Zusammenarbeit oder intergouvernementaler Zusammenarbeit. Hier stellt sich die Frage: Kann man im Rahmen des Fiskalvertrages den Europäischen Gerichtshof oder die Europäische Zentralbank oder die Europäische Kommission – Gemeinschaftsinstitutionen – einbinden und unter welchen Voraussetzungen, bis zu welchen Grenzen?

V. Weitergehende Reformen der europäischen Institutionen

Wir werden auf dem Weg der wirtschaftlichen Integration Europas vorangehen, die im Ergebnis natürlich eine institutionelle Verstärkung bedeutet, und uns in die Richtung einer Politischen Union bewegen. Das werden wir nur erreichen, indem wir Schritt für Schritt vorangehen. Und wenn wir nicht die beste Lösung erreichen – so wie wir bei der Schaffung der Währungsunion nicht die beste Lösung erreicht haben – müssen wir eben die Zweitbeste wählen. Das bedeutet auch, dass wir, wenn wir die notwendigen institutionellen Schritte nicht machen können, weil wir keine Mehrheit für eine Vertragsänderung zustande bringen, eine intergouvernementale Vereinbarung treffen – wie zum Beispiel beim Fiskalvertrag. Dabei ist klar, dass wir auch bei der intergouvernementalen Zusammenarbeit rechtlich so nahe wie möglich an den europäischen Institutionen bleiben.

Auch in der Geometrie werden wir weiterhin variabel sein müssen. Dass wir bei der europäischen Integration gelegentlich mit einem kleineren Kreis aus der EU 27 vorangehen müssen, das ist auch in Zeiten der Währungsunion nicht falsch. Aber wir werden dabei darauf achten müssen, dass wir die Tür offen lassen, sodass die Anderen nachkommen können. Verstärkte Zusammenarbeit dürfen wir nie als ein Element dauerhafter Spaltung verstehen, sondern als ein Instrument, um in diesem komplizierten Prozess die Einigungsdynamik zu erhalten.

Deswegen hat die Bundesregierung auch vorgeschlagen, kurzfristig die Effizienz in den Entscheidungsprozessen der Europäischen Kommission dadurch zu verbessern, dass wir die Rolle des Währungskommissars stärken – so ähnlich wie den für Wettbewerbsrecht zuständigen Kommissar. Nationale Haushalte in der Europäischen Union und insbesondere von Mitgliedsstaaten in der Eurozone, die nicht den Verpflichtungen des europäischen Sekundärrechts entsprechen, müssten vom Währungskommissar zurückgewiesen werden. In der Folge müsste das nationale Parlament in seiner Haushaltssouveränität entscheiden, wie die Defizitgrenze nach dem europäischen Sekundärrecht eingehalten werden soll – das bleibt in der Verantwortung des nationalen Parlaments. Das Budgetrecht der nationalen Parlamente würde dadurch nicht verletzt, denn die Europäische Kommission könnte nicht vorgeben, welche Ausgaben gekürzt oder welche Steuern erhöht werden sollen.

Daneben müssen wir schrittweise versuchen, die parlamentarische Legitimation durch das Europäische Parlament zu stärken. Solange wir die parlamentarische Legitimation auf der europäischen Ebene nicht haben, ist es zwangsläufig so, dass die parlamentarische Legitimation für Entscheidungen, die große Auswirkungen auf die nationalen Haushalte in Gegenwart und Zukunft haben, durch niemand sonst als durch die nationalen Parlamente erfolgen kann. Dabei ist klar, dass Verhandlungen mit 17 nationalen Parlamenten nicht gerade effizient sind – man muss sich nur im Bund-Länder-Verhältnis vorstellen, die Bundesregierung müsste nicht mit 16 Landesregierungen verhandeln, sondern mit 16 Landtagen. Das wäre völlig hoffnungslos.

Außerdem gibt es den aus meiner Sicht richtigen Vorschlag, das Europäische Parlament bei Fragen, von denen nicht alle Mitgliedsstaaten betroffen sind, flexibel in der entsprechenden Zusammensetzung entscheiden zu lassen. Denn natürlich können zum Beispiel die britischen Abgeordneten im Europäischen Parlament schlecht über Fragen der Eurozone mitentscheiden.

Das Ziel muss sein, die Entscheidungen, die letztlich auf europäischer Ebene getroffen werden müssen, unmittelbar durch die europäischen Institutionen treffen zu lassen. Das ist leichter gesagt als getan und wird nicht schnell gehen. Deswegen werden wir auch noch länger mit intergouvernementalen Mechanismen arbeiten müssen. Aber es geht in Richtung Politische Union. Das ist das Ziel.

Um diesem Ziel näherzukommen, hat der Bundesparteitag der CDU 2011 die Empfehlung beschlossen, den Präsidenten der Europäischen Kommission in Zukunft in einer Direktwahl zu wählen. Das würde Europa qualitativ verändern. Denn was wir in Europa noch nicht haben, ist eine europäische Öffentlichkeit. Und solange wir keine europäische Öffentlichkeit haben, werden wir auch keine europäischen Entscheidungen durch demokratisch legitimierte europäische Institutionen zustande bringen. Letzten Endes ist nämlich die Öffentlichkeit die Voraussetzung für demokratische Legitimation und für die Akzeptanz des Mehrheitsprinzips. Die Hoffnungen, die wir hier mit der Direktwahl des Europäischen Parlaments seit 1979 verbunden haben, haben sich leider nicht verwirklicht. Tatsache ist, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsländern der Europäischen Union das Europäische Parlament nicht in dem Maße als ihre parlamentarische Vertretung akzeptieren wie ihre nationalen Parla-

mente. Das kann man bei den Wahlkämpfen zum Europäischen Parlament sehen.

Die Erfahrungen mit Wahlen in den großen westlichen Demokratien haben auch zuletzt wieder gezeigt – ich denke da an die Wahlen in den Vereinigten Staaten oder in Frankreich –, dass eine Persönlichkeitswahl ein sehr viel stärkeres Maß an Faszination ausübt als eine Parlamentswahl. Im Übrigen steckt in dem Vorschlag eines direkt gewählten Kommissionspräsidenten auch die Einsicht, dass der Weg des Lissabon-Vertrags, dem Europäischen Rat einen Präsidenten zu geben, nicht die klügste aller europäischen Vertragsrevisionen gewesen ist. Denn im Alltag hat man das Gefühl – bei aller gebotenen Zurückhaltung –, dass Kommissions- und Ratspräsident mehr miteinander beschäftigt sind als damit, Europa gemeinsam institutionell voranzubringen. Und die Entscheidung für einen Ratspräsidenten ist natürlich auch ein institutionelles Bekenntnis zum intergouvernementalen Weg, der eher auf eine Schwächung der Institutionen hinwirkt, also eher in die falsche Richtung geht.

Was wir jetzt brauchen für die Vielzahl der einzelnen anstehenden Entscheidungen in Europa, ist eine einheitliche Richtung. Dass wir bei jeder einzelnen Entscheidung sagen können, in diese Richtung wollen wir Schritt für Schritt gehen. Und für den Fall, dass wir dabei größere Schwierigkeiten zu bewältigen haben, müssen wir auch weiterhin in der Lage sein, das Instrument der flexiblen Geometrie zu nutzen.

Was wir aber unter gar keinen Umständen riskieren sollten – ich bin mir allerdings auch ziemlich sicher, dass das nicht eintritt –, wäre ein dauerhaftes Auseinanderfallen des europäischen Einigungswerks. Es mag sein, dass zeitweilig, wenn es zu krisenhaften Zuspitzungen kommt, wieder eine kleinere Zahl von Ländern einen Schritt vorangeht. Dabei müssten jedoch in jedem denkbaren Fall Frankreich und Deutschland eine gemeinsame Position haben. In Europa geht nichts voran, wenn Frankreich und Deutschland nicht gemeinsam Europa voranbringen.

VI. Die Krise als Schrittmacher der europäischen Integration

In der gegenwärtigen Krise bewahrheitet sich wieder die alte Erfahrung: Dann, wenn Menschen stärker bewusst wird, dass etwas nicht selbstverständlich ist – wie etwa die europäische Einigung –, wächst eine gewisse Verunsicherung. Aber zugleich wächst auch die Zustimmung zu dem, was man hat. In diesen Tagen können Sie in den Medien ständig sehen, dass in Spanien große Demonstrationen stattfinden. Worüber die deutschen Medien aber nur sehr kurz berichtet haben, ist, dass bei den Regionalwahlen, die vor kurzem in Spanien stattgefunden haben, die spanische Regierung einen beachtlichen Wahlerfolg erzielt hat.

Und wenn im deutschen Politbarometer, einer regelmäßigen Umfrage eines großen Meinungsforschungsinstituts, Anfang Oktober 2012 zum ersten Mal seit zweieinhalb Jahren auf die Frage, ob Griechenland in der Eurozone bleiben soll, eine knappe Mehrheit der Befragten mit Ja geantwortet hat, dann bestätigt das zum einen, dass die Menschen sich große Sorgen machen, aber artikuliert zum anderen ein stärkeres Gewährwerden der Bedeutung des europäischen Einigungswerks. Deswegen habe ich bereits zu Beginn gesagt, dass uns die Eurokrise auf dem Weg zur Politischen Union voranbringt. Und deswegen sage ich auch, dass Karl Popper Recht hatte, als er sagte, die freiheitliche Gesellschaft bewährt sich im Prozess von „*trial and error*“, aus der Fähigkeit heraus, aus Krisen und Irrtümern zu lernen. Daher werden wir auch in Europa die notwendigen Entscheidungen treffen.